

Ein Blick zurück
nach vorn auf 2004

Staatsvernunft in Zeitgeistfallen

Manfred Funke

Staatszweck ist die Sicherheit für Leben, Freiheit, Eigentum. Dafür zahlt der Bürger Steuern und Abgaben. Diese steigen ständig. Ohne dass die Entsicherung der materiellen und geistigen Lebensverhältnisse nachlässt. Das Staatsschiff rollt in schwerer See. Verfehlt es gar den Heimathafen? Kurskorrekturen setzen eine genaue Positionsbestimmung der Riffe, Klippen und Eisberge mit ihrer dem Auge verborgenen Gefahrengroße voraus. Der Kompass kritischer Staatsvernunft und die Sorge um Deutschland sind deshalb auf folgende Hauptfähnisse auszurichten.

Zeitgeist kontra Rechtsstaat

In seinem Epochenwerk *Wohin treibt die Bundesrepublik* warnte vor vierzig Jahren Karl Jaspers: „Ein Volk muss sich selber wollen in seinem Staat. Gibt es sich auf, durch Gehenlassen und Gleichgültigkeit, dann ist alle Hoffnung zu Ende. Es gibt sich nicht auf, solange noch einige da sind, die denken, wissen und Ziele setzen, solange Jugend noch unabhängig zu denken wagt und von hohen Antrieben be-seelt ist.“

Diese schienen in den Feierstunden der Wiedervereinigung kurz aufzuleuchten. Danach fiel die Flamme des Aufbruches in sich zusammen. Die Fesselung optimistischer Zukunft an ihre dämonisierte Herkunft oktroyiert weiter die NS-Diktatur als Magistrale politischen Denkens. Zugleich wird die SED-Diktatur ostal-gisch musealisiert. Wandlungen vom freiheitlichen Rechtsstaat zur Tabu-Ge-

sellschaft verstärken sich. Ihre autonomen Tugendwächter, deren Inquisitions-eifer die McCarthy-Ära kopiert, „drohen den Störrischen und den Aufsässigen aus dem Kreis der Anständigen zu verstoßen und zum Paria zu erklären. Die Strafe legitimiert sich aus der guten Sache. Was aber ist eine gute Sache? Wer definiert sie?“ Und Josef Isensee weiter: „Wer ein Tabu hegt, ist sich sicher, dass seine Sache gut ist. Ein heutiger Autor (d. i. Jan Philipp Reemstma, M. F.) schreibt zum Thema Aufklärung: ‚Wo ich nicht die Macht habe, zu anständigem Benehmen zu bringen, ist ein Tabu nützlich.‘ Das Tabu, das er meint, ist das strengste, das die Bundesrepublik Deutschland hütet. Sein Name ist Auschwitz.“

Mit ihm eine Nation als Tätervolk zu zeichnen und dabei über die Jahrzehnte demokratischer Bewährung nach 1945 hinwegzugehen verstärkt die Neurotisierung unserer Gesellschaft bis zur Hin-nahme willkürlicher medialer Despotie über die Grundrechte. „Im Namen der Meinungsfreiheit wird der Ehrenschatz (nicht nur der des Soldaten) durchbrochen“ (Isensee). Die liberalen Traditionen stehen unter defensivem Erklärungsbe-darf. Bedrängt von einem im Grunde längst decouvierten marxistischen „Anti-faschismus“, der zurzeit erfolgreich nach dem Axiom Gaetano Moscas agiert: „Hun-dert Menschen, die gemeinsam nach ge-meinsamen Plänen handeln, werden tau-send Menschen besiegen, die nicht über-einstimmen und mit denen man darum nacheinander einzeln fertig werden

kann.“ Aus Trägheit oder Opportunität zeigt man sich den Domherren des Zeitgeistes, die den Sozialismus mit menschlichem Antlitz verfrachten, ergeben, indem man nicht mehr offensiv das Recht auf Widerstand gegen die Einschränkung von Rechten mobilisiert, die nicht zur Disposition stehen sollten. „Freiheitsrechte sind diejenigen Rechte, in deren Inhaberschaft wir nicht majorisiert oder gar verbindlichen politischen Nutzungsdirektiven unterworfen sein möchten“ (Hermann Lübke). Respekt davor wird unterhöhlt. Zum Beispiel durch einen unersättlichen Entrüstungsbedarf gegen „Rechts“. Die Verbotsaffäre „NPD“ offenbarte V-Leute des Verfassungsschutzes als Kriminelle im Dienst des Staates. Zwischen REP, NPD und DVU unterscheidet er nicht, so seinerzeit der niedersächsische Ministerpräsident Glogowski. Denn das hieße, „Scheiße nach Geruch sortieren“. Welch eine linke Humanität gegen Oppositionelle wäre wohl zu erwarten, käme eine solche zur Macht?

Gegen die lieblosen Selbstanbeter mit ihrer Wollust des Richtens steht der Satz des marxistischen Geschichtstheoretikers Eric Hobsbawm: „Heutzutage wird mehr Geschichte denn je von Leuten umgeschrieben oder erfunden, die nicht die wirkliche Vergangenheit wollen, sondern eine, die ihren Zwecken dient.“ Eine Strategie, die Johannes Groß schon vor Jahren als Machtanspruch auf die Geschichte per Dogma und Ignoranz kommentierte: „Helmut Kohl widerfuhr es kürzlich, dass ihm, den Hitler-Stalin-Pakt als eine Voraussetzung des Völkerschlachtens erwähnend, ‚Aufhören mit den Gräuelmärchen!‘ entgegenstürzte – von dem Pakt habe man nichts gehört, ins linke Weltbild passt er tatsächlich nicht gut, also hat es ihn nicht gegeben.“ (Dem Autor dieses Beitrages wurde in einer liberalen Zeitung der Satz gestrichen, dass auf Hitlers Angriff auf Polen hin Frankreich und England dem Reich den Krieg erklärten. Begrün-

dung: Das könne von der Rechten missbraucht werden!) Soll mit der Dynamisierung der Monumentalität unserer Schuld auf Dauer Gnade versagt bleiben, nach Verbrechen und Sühne auf Amnestie (keine Amnesie) nicht aus Anspruch, sondern aus Menschlichkeit hoffen zu dürfen? Könnten nicht zumindest einen Stilwechsel die großartigen Editionen Hans Eplers (Konrad-Adenauer-Stiftung) zur christlich-jüdischen Dialogsuche herbeiführen? Daran haben viele jüdische Gelehrte teil. Im Fernsehen sieht man sie nicht.

Der Moderator Staat in Bedrängnis

„Also die bürgerliche Gesellschaft – das ist ihr innerer Widerspruch – erzeugt aus dem Überfluss die Not und den Mangel.“ Mit diesem Diktum von 1893 im Reichstag verwies August Bebel bereits auf die heute verstärkte Neigung der Inhaber der Produktionsmittel, Profite zu privatisieren und Verluste zu sozialisieren. Die Klingenschärfe einer solchen Schere sollte nach 1949 durch die Soziale Marktwirtschaft gemildert werden. Heute wird sie zerdrückt im Wettkampf der *global players*. Eine große deutsche Bank machte letztjährig drei Milliarden Euro Gewinn und entließ zugleich 10 500 Beschäftigte. Den Einwand, man hätte doch mit zweieinhalb Milliarden Gewinnen zufrieden sein und die 10 500 im Brot belassen können, quitierte man als altmodische Sozialromantik.

Diese Brutalisierung des Wettbewerbes zwingt den Staat zunehmend in die Rolle des gelähmten Moderators. Die Regierung muss immer mehr Geld vom Kapitalmarkt borgen, um ordnungspolitisch die Massen im Zaum zu halten und die Sintflut erst nach der eigenen Amtszeit eintreten zu lassen. Zehn Prozent der Bevölkerung besitzen neunzig Prozent des Volksvermögens, während die öffentliche Hand gegenwärtig einen Schuldenstand von 1,4 Billionen (1 400 000 000 000) Euro schultern muss. Mit 93 Milliarden

Haushaltsdefizit, 4,4 Millionen Arbeitslosen und 42 000 Unternehmensinsolvenzen 2003 nähert sich die Republik dem Abgrund. Gleichwohl betreibt die Regierung auf Druck von Trittins Klientel die weitere Deindustrialisierung. Im November 2003 fürchteten in Westdeutschland fünfzehn und in Ostdeutschland zweiundzwanzig von hundert Befragten, in 2004 arbeitslos zu werden. 79 Prozent der Arbeitslosen glauben nicht, eine neue Stelle zu finden. Und eine weitere Verschlechterung der Wirtschaftslage sowie des Selbstwertgefühls befürchten 44 Prozent (*Frankfurter Allgemeine Zeitung* 10. September 2003). Beihilfen zum Lebensunterhalt schlugen 2002 mit 21,9 Milliarden Euro für 4,32 Millionen Sozialhilfeempfänger zu Buche. Zwischen Start und Ziel des Guido-Mobiles demaskierte sich die Spaß- als Angstgesellschaft.

Die Sozialhilfequote der in Deutschland lebenden Ausländer liegt mit 8,4 Prozent deutlich höher als die der Deutschen mit 2,9 Prozent. Zugleich bleibt Deutschland Zuwanderungsland (im Jahr 2001 netto 273 000 Personen). Seit 1991 kamen zirka 170 000 Juden aus Osteuropa. 2002 siedelten mehr Juden (19 262) in Deutschland als in Israel (18 878). Siebzig Prozent der Einwanderer erhalten Sozialleistungen des Staates. Besonders mangelnde Deutschkenntnisse, beklagt Paul Spiegel, erschweren die Eingliederung in den Arbeitsmarkt. Die größte Ausländergruppe bilden 2001 die Türken (1,9 Millionen).

Abbau Innerer Sicherheit

Bisher glich die Regierungspolitik einem alten Reifen; profilschwach und mit wenig atü in der Wirtschaft. Nun werden noch zusätzlich die Radmuttern gelockert durch Verminderung der Inneren Sicherheit. Sie ist unter anderem die Folge wachsender Kriminalität und törichter Beamtenpolitik. Einsparungen bei der Besoldung seit Jahren führen bei den Beamten, zumal bei Lehrern, Richtern, Solda-

ten, vor allem bei Polizei und im Justizvollzugsdienst zum „Burn out“-Effekt. Zynisch reagieren Polizeikreise auf Personalverringerung (NRW stellt 2004 statt 1000 nur 500 Polizeianwärter ein) angesichts des gleichzeitigen exorbitanten Anstiegs krimineller Delikte. Man könne bald, heißt es hinter vorgehaltener Hand, nur noch Verbrechen verwalten statt aufklären.

Dramatisch wird die Lage ab Mai 2004 mit dem EU-Beitritt osteuropäischer Länder, für die die Schengen-Standards ab 2007 gelten sollen. Jürgen Roth schildert in seinem Buch *Gangster aus dem Osten* faktendichte Bedrohungslagen, die Hermann Lutz als scheidender Präsident der Europäischen Polizeigewerkschaften lapidar kommentiert: „Mehr als Jürgen Roth kann man nicht tun, um wachzurütteln.“ Doch „Kein im Sicherheitsbereich an verantwortlicher Stelle Stehender“, so der einstige BKA-Präsident Hans L. Zacher, „hat den Mut, hier den Gedanken der Zentralisierung der Zuständigkeiten, Bündelung und Straffung der Arbeiten, die mit der Bekämpfung des Terrorismus befasst sind, ernsthaft zu prüfen“. Heinz Kiefer, neuer Präsident von EURO COP (European Confederation of Police), hofft auf die bessere Bekämpfung der organisierten Kriminalität und Korruption in den neuen EU-Ländern selbst. Doch bleibt die Risikolage (Vermögensgefälle, Migration, Arbeitsmarkt) höchst prekär, und der „Personalabbau im Bereich der Polizei innerhalb der letzten fünf Jahre beziehungsweise im Jahr 2004 um insgesamt 11 000 Stellen ist in keiner Weise nachvollziehbar“ (Kiefer).

Die Motivation der Beamten wird nicht nur durch Untreue von oben mittels Ausnutzung des Streikverbotes beeinträchtigt, sondern auch durch Permissivität der Dienstherrn gegenüber den ständigen Diffamierungen öffentlicher Bediensteter. In so genannten comedy shows werden neben Nonnen und Pries-

tern Polizisten und Soldaten als Deppen vorgeführt.

Der deutsche Beamte ist Freiwild für Håme in guten, für Neid in schlechten Zeiten. Der Verweis auf die Sicherheit seines Arbeitsplatzes ist Erpressung mit der Angst der anderen. Als Slezaks Mutter ihrem Sohn riet, statt Künstler Beamter zu werden, denn „dann hast du nichts, dies aber sicher“, stimmte der erste Satz damals nicht, der zweite Satzteil heute immer weniger. Soziales Prestige des Beamten kompensierte einst den eisensten Zwang zur Sparsamkeit. Heute nimmt die moralische und materielle Verantwortung des Dienstherren schleichend ab.

Außenpolitik und Integration

Josef Fischers Axiom, deutsche Außenpolitik von Auschwitz her zu denken, treibt dazu, everybodys darling sein zu wollen. Was wiederum naiv ist und Verachtung fördert. Mehrfach wurde vom deutschen Außenminister der Petersberg als Ort für Friedensgespräche zwischen Israelis und Palåstinentern angeboten. Vergeblich. Pråsident Bush gewährte nach dem deutsch-amerikanischen Zerwürfnis in der Irak-Frage dem Bundeskanzler eine halbstündige Audienz im Rahmen eines Weekends, das Putin gehörte. In der Frage der Benesch-Dekrete kann Prag hart bleiben. In die deutsche Angelegenheit eines Vertreibungsdenkmales mischt sich Warschau mit befremdlich hohem Ton. Die Hohmann-Affäre führte zur massiven Intervention des israelischen Botschafters Stein, die nicht diplomatischen Usancen entspricht. Die Bundeswehr wird durch den scheidenden NATO-Generalsekretår George Robertson gedeckelt, weil sie für die Modernisierung der Truppen zu wenig tue. Deutsche Offiziere im NATO-Hauptquartier bekommen das zu spüren. Gegen Schutzzoll-Bestrafung der USA ist Berlin ebenso machtlos wie die ganze EU. Die

Ministerin Wieczorek-Zeul zahlt schon mal aus deutschem Steuergeld die Monatsgehälter der Staatsangestellten Arafats, der nach Presseberichten pro Monat zwei Millionen Dollar für sich aus dem Haushalt entnimmt. Deutschland baute Arafat einen Flughafen, Israelis zerrissen die Pisten. Berlin schwieg. Offenbar will die Regierung weniger für das Wohl des deutschen Volkes als für die Gerechtigkeit in der Welt tätig sein. So tut Deutschland weiter das, was Johannes Groß vor Jahren beklagte: Als einziges Land der Welt Menschen zu sich zu holen, mit denen es zwar nichts anfangen kann, aber die es unterhalten möchte. Die aber mehrheitlich keineswegs „Deutsche“ werden möchten, sondern sich in Parallelgesellschaften organisieren, in Ausländerbeiråten massiv ihre Interessen vertreten, sich zugleich aber muttersprachlich selbst per Satellit versorgen.

Nach Reform des Staatsangehörigkeitsrechtes vom 15. Juli 1999 erwerben Ausländer nach acht Jahren ein Einbürgerungsrecht. In NRW leben zwei Millionen Ausländer, von denen fünfzig Prozent über zwanzig Jahre bei uns sind, ohne offenbar Deutsche werden zu wollen. Soll Aktivismus der Schröder-Regierung von den massiven Integrationsproblemen ablenken? Ein Gedanke, den die verstärkte Befürwortung eines EU-Eintritts der Türkei nahe legt. Keine Rede ist davon, dass Ankara nach Mitteleuropa zirka vierzehn Millionen Menschen transferieren will. Dass unter den Asylbewerbern monatlich rund zweitausend Personen aus der Türkei kommen. Die Frage nach der Fluchtverursachung als völkerrechtliches Delikt wird nicht zugelassen. Ebenso nicht ein Diskurs über religiöse Toleranz. Während in Deutschland 1300 Moscheen stehen, darf in der Türkei keine einzige christliche Kirche gebaut werden. Fünftausend Christen in Istanbul finden Betreuung nur bei Pfarrern mit Diplomaten-Status. In einer Rezension der *Frankfurter Allgemeinen Zei-*

tung vom 18. November 2003 zitiert Arnulf Baring aus dem Buch *Deutschland, deine Zuwanderer* von Rolf Stolz: „Soll ein Land es ohne Gegenwehr hinnehmen, wenn es von Einwanderungsbewegungen überrannt und seine Kultur gegen den Willen seiner Bevölkerung von Fremden überformt und eliminiert wird?“ Er findet es grotesk, wenn in der Bundesrepublik – übrigens auf Türkisch – Reden für „neue Inländer“ gehalten werden und man damit ängstlich den richtigeren Ausdruck „neue Deutsche“ vermeidet. Das habe allerdings Gründe. „Denn Deutsche wollen die meisten von ihnen ja gerade nicht sein: Sie wollen Türken in Deutschland bleiben und gleichzeitig alle Vorteile, die der deutsche Pass bietet, für sich nutzen. Solche neuen Inländer und neuen Grünen verstehen anscheinend nicht einmal die Sprache unseres Landes, sondern benötigen eine eigene türkische Einstimmung. Gleichwohl aber sollen sie, wie der damalige grüne Bundestagsabgeordnete Cem Özdemir ihnen verheißungsvoll zurief, ‚Einfluss nehmen auf die Bundesrepublik.‘“ Unsere Ausländerbeauftragte Marieluise Beck führt die hohe Kriminalität von Ausländern auf ihre soziale Situation bei uns zurück. Verbrechen blieben demnach erst dann aus, wenn alle kommunistisch wären – so spöttelte schon Heinrich Heine über gesellschaftliche Verbrechenverursachung anlässlich der Diskussion über die große Strafrechtsreform in Frankreich in der Mitte des neunzehnten Jahrhunderts.

In der Integrationsfrage ist die empfindungsflache Konzilianz der Deutschen seit den Achtzigern einer aggressiven Apathie gewichen. Sie richtet sich nicht primär gegen die Ausländer, die ja mit einer Nichtbesetzung von Machtvakuen und Stimmungslagern töricht handeln würden, sondern mit der Ausländerpolitik der Regierung, die in eine unbezahlbare humanitäre Allerweltpolitik hinein und von der Wahrung deutscher Zukunftsinteressen wegdriftet. In welche

Obhut geraten diese angesichts des aktuellen Profils unserer Leistungs- und Verantwortungsellen?

Bildungsnotstand und Verantwortung

Die vollmundige Anklage des Lehrer- und Schülerversagens lenkt ab vom gesellschaftlichen Führungsversagen. Für eine Nation, die sich geschichtsverhaftet nicht annehmen darf beziehungsweise soll, wird der Selbstwertverlust zur Blockade gegen die Verpflichtung der Bürger auf Vernunft, Gesittung, Solidarität, Bildung, Fleiß, Lernwillen. Vielfach täglich präsentiert das Fernsehen, dass der Gute nicht siegt, weil er gut ist, sondern schneller schießt als der Böse. Dem Einzelnen wird Fähigkeit zur Gewalt zum letzten Vertrauensgrund. Schüler, als Objekte der häuslichen Gewalt machtlos, erproben sich als Subjekte der Gewalt im Unterricht. Folglich gerät die Schule immer mehr zum Reparaturbetrieb gesellschaftlicher Auflösung. Kanzler und Vizekanzler als Ehe-Multis erinnern an die Paulus-Frage, wie denn jemand für die Gemeinschaft sorgen soll, der seinem eigenen Hause nicht vorzustehen weiß (Timotheus 3,5).

Wir dürfen vor der heilsamen Provokation Montesquieus (*Geist der Gesetze*) nicht flüchten: „Nicht die heranwachsende Generation entartet: Sie gerät nur auf Abwege, sobald die Erwachsenen bereits verderbt sind.“ Edukation (lateinisch *educare*: hinausführen) fordert das lebendige Vorbild. Wer liefert es?

Die junge Bildungselite selbst inszeniert sich jedenfalls in coolem Egoismus. Studentenunruhe erzwingt keine öffentliche Aufmerksamkeit mehr, obwohl es Gründe für schärfsten Protest in Fülle gibt. In den Volksparteien fehlt vielfach der Nachwuchs für die Übernahme öffentlicher Verantwortung. Kann die SPD unter 693 893 Mitgliedern noch 52 459 unter 35 Jahre zählen, weist die CSU

(178 170) bei den 18- bis 25-Jährigen ein Prozent, bei den 31- bis 35-Jährigen zwei Prozent aus. Unter den 70 805 Genossen der PDS gehören vier Prozent zur Altersklasse bis vierzig. Bei der FDP sind von 65 539 Parteimitgliedern 12 087 als unter 35-jährig registriert. Die CDU meldet 588 721 Mitglieder, davon sind 93 263 unter 39 Jahre alt. Die Bündnisgrünen bringen es insgesamt auf 45 000 Mitglieder. Insgesamt ist bei 82 Millionen Einwohnern die Zugehörigkeit zu Parteien auf zirka 1,6 Millionen geschrumpft. Davon bestimmen zirka 0,6 Prozent das parteiliche Entscheidungshandeln für den ganzen Staat. Obwohl Parteien laut Verfassung bei der politischen Willensbildung nur mitwirken sollen.

Verhangener Ausblick

Bei nüchterner Abwägung der Zukunftsrisiken zweifelt man zutiefst an der Verheißung Paul Löbes. Als Alterspräsident eröffnete der leidgeprägte große Mann der Sozialdemokratie die konstituierende Sitzung des Ersten Deutschen Bundestages am 7. September 1949 mit dem Satz: „Unser arbeitsames, tüchtiges, ordnungsliebendes, leider politisch zu oft irreführtes Volk wird es schaffen.“ Etwa mit der Irreführungsvariante machtwergessener Allerweltpolitik? Günstige Voraussetzung für solche Willfährigkeit bietet das Volk heute durchaus. James Brice hat Trägheit, Achtung, Sympathie, Furcht und Vernunft als Antrieb für Gehorsam ermittelt. Bei uns herrscht ein Potpourri aus allem. Zukunftsangst glaubt sich mit Schwebehaltung durchbringen zu können. Jeden Morgen fallen Millionen menschlicher Stäbchen in unserer Mikadogesellschaft durcheinander. Jedes in der Hoffnung, für den Tag in guter Deckung zum Liegen zu kommen.

Sigmar Gabriel fordert einen „sozialen Patriotismus“ als SPD-Programm. Für

ganz Deutschland wäre daraus die Maxime abzuleiten: Miteinander und füreinander das Maßvolle und Vernünftige in konstruktiver Skepsis anzustreben. Und dies im Geiste von „Bern“ aus christlichem Menschenbild. Auch ein Potpourri? Vielleicht. Aber aus Liebe zum Leben in Deutschland.

Die Würde des Politischen gründet sich aus der Autorität des Argumentes ebenso wie der öffentliche Diskurs aus der Begegnung von Vergangenheit und Zukunft in der Streitkultur offener Gesellschaft. Ihre Feinde bestehen heute im neuen Typus totalitärer Anmaßung, die die Frage nach ihrer zureichenden Begründung erstickt im faszinierend medial abgestimmten Flügelschlag des verfassungsverächtlichen Zeitgeistes und seiner Dispositionsmacht über Meinungsfreiheit in Deutschland.

„Höhe und Tiefe sind nie ohne einander“, sagt Bonaventura, „auf der Fläche ist der Sturz nicht zu befürchten.“ Solche Symmetrie für mehr Selbstsicherheit zu erreichen verhindert wohl das in uns Deutschen angelegte leidversiegelte Un-sagbare. Es bleibt dennoch von uns gefordert. Um die Verantwortung für Deutschland und für uns zum fasslichen Auftrag zu machen. Und zu wissen, womit wir rechnen müssen, wenn die Denkfällen des „Zeitgeistes“ zuschnappen. Wenn regiert wird ohne Volk. Dessen Gemüt desertiert aus einem Verlustvortrag, der die Hoffnungen auf die erneuerte Autorität selbstkritischer Staatsvernunft nach Beendigung der Nachkriegszeit 1990/91 heute zu ersticken droht. Dies, obgleich „die Sicherheitspolitik insbesondere der westeuropäischen Staaten in den nächsten Jahren von Szenarien bestimmt wird, deren Interdependenzen heute noch nicht einmal in Ansätzen erkennbar sind“ (Bernd Walter, Jahrbuch Öffentliche Sicherheit 2002/03).